

Schwyz, 17. Februar 2016

Was unternimmt die Regierung, damit die bundesbetrieblichen Arbeitsplätze Ruag erhalten bleiben
Beantwortung einer Kleinen Anfrage 4/16

1. Wortlaut der Kleinen Anfrage

Am 27. Januar 2016 hat Kantonsrat Leo Camenzind folgende Kleine Anfrage eingereicht:

„Es ist jetzt genau ein Jahr vergangen, seit die Ruag Division Defence die Verlagerung der Arbeitsplätze aus dem Kanton Schwyz in die Regionen Zürich und Thun bekannt gegeben hat. Die SP Kanton Schwyz hatte in ihrer Resolution gegen den Ruag-Schliessungsentscheid auf die strategischen Vorgaben des Bundesrates bei den Bundesbetrieben SBB, Swisscom und Post hingewiesen. Dort gelten Vorgaben wonach die Arbeitsplätze nicht auf wenige Zentren konzentriert werden dürfen. Diese Vorgabe sollte auch für die Ruag gelten. In der Medienmitteilung vom 29. April 2015 hat die Regierung über zwei Gespräche einer Schwyzer Delegation mit Bundesrat Ueli Maurer, Vorsteher des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport, informiert. Dabei sei die Frage im Zentrum gestanden, ob und wie die für die ganze Region wichtigen Arbeits- und Ausbildungsplätze erhalten bleiben könnten. Die Regierung erläuterte, dass die beiden Gespräche die Grundlage für die Suche nach möglichen zukünftigen Lösungen für den Standort Brunnen der Ruag AG bilden würde. Die Verhandlungsteilnehmer hätten darin übereingestimmt, dass bis zur beabsichtigten Verlagerung der Arbeitsplätze im Jahr 2017 genügend Zeit für die Prüfung von geeigneten Lösungen bleibe. Über die genaue Situation sowie über die anschliessenden Gespräche zwischen Gemeinde, Regierung, Geschäftsleitung Ruag AG und Bundesrat ist die Bevölkerung bis heute nie informiert worden. Auf den parlamentarischen Vorstoss von Andy Tschümperlin hat der Bundesrat erklärt, dass er die Eignerstrategie der Ruag Holding AG überarbeiten und eine umfassende Standortbestimmung vornehmen will. Diese überarbeitete Eignerstrategie liegt nun vor. Unter anderem muss die Ruag neu regionale Anliegen „angemessen“ berücksichtigen und bei Übernahmen prüfen, ob Stellen in der Schweiz angesiedelt werden könnten. Aufgrund dieser Ausgangslage und weil die Regierung im Fall Ruag AG nicht mehr über allfällige Entwicklungen oder Entscheide informiert hat, stellen sich folgende Fragen:

- Wurde eine geeignete Lösung für den Erhalt der bundesbetrieblichen Arbeitsplätze im Kt. Schwyz gefunden?*
- Wie beurteilt die Regierung die Situation und was bedeutet die neue Eignerstrategie (regionale Anliegen angemessen zu berücksichtigen) für die Arbeits- und Ausbildungsplätze der Ruag AG im Kt. Schwyz.*
- Setzt sich der Regierungsrat weiterhin für den Erhalt dieser Arbeits- und Ausbildungsplätze in Brunnen ein?*

Ich danke dem Regierungsrat für die Klärung.“

2. Antwort des Volkswirtschaftsdepartementes

2.1 Ausgangslage

2012 unterzeichneten der Verwaltungsrat der Hertipark AG und die Geschäftsleitung der Ruag Real Estate AG eine Absichtserklärung (Letter of intent). Die beiden Unternehmen beabsichtigten, in Brunnen Nord einen Neubau zu erstellen, in den der Produktionsbetrieb der Ruag Defence einziehen sollte. Für den bisherigen Ruag-Standort wurde bei der Gemeinde ein Umzonungsbegehren eingereicht, welches bei den Hopfräben den Bau von Wohnungen im gehobenen Segment ermöglichen sollte.

In den folgenden zwei Jahren arbeiteten der Kanton und die Gemeinde Ingenbohl intensiv mit der Ruag zusammen. Nach langen Verhandlungen lag ein überzeugendes Bauprojekt mit grossem Expansionspotenzial im wirtschaftlichen Entwicklungsschwerpunkt Brunnen Nord vor. Ein Vorvertrag zwischen der Ruag und der Gemeinde Ingenbohl wurde bereits vorbereitet. Für die Gemeinde Ingenbohl stand immer der Erhalt der Arbeitsplätze, insbesondere Ausbildungsplätze, im Vordergrund. Da der Erhalt der Arbeitsplätze in Brunnen Nord vorgesehen war, wurde eine Umzonung des bestehenden Betriebs unterstützt.

Im Januar 2015 wurde der Regierungsrat lediglich zwei Tage vor der Bekanntmachung und unvorbereitet von der Geschäftsleitung der Ruag Holding über den Entscheid in Kenntnis gesetzt, den Produktionsstandort in Brunnen zu schliessen. Im Zuge einer Standortkonzentration soll im ersten Halbjahr 2017 der Standort Brunnen mehrheitlich in den Regionen Zürich und Thun zusammengefasst werden. Die Arbeitsplätze sollen verlagert und von einer Ersatzinvestition in Brunnen Nord soll abgesehen werden.

In der Folge fanden zwei Aussprachen zwischen dem Regierungsrat, Schwyzer Mitgliedern der Bundesversammlung, dem Gemeinderat Ingenbohl einerseits und dem Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung der Ruag andererseits statt. In gleicher Zusammensetzung wurde man zudem beim Vorsteher des eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport vorstellig. Im Zentrum der Beratungen standen die Eignerstrategie des Bundes, regionalpolitische Aspekte sowie das laufende Nutzungsplanverfahren in Ingenbohl.

2.2 Parlamentarische Vorstösse auf Bundesebene

Flankierend reichten Ständerat Alex Kuprecht beim Bundesrat eine Motion (M 15.3505) und Nationalrat Andy Tschümperlin eine Interpellation (I 15.3247) ein. Die Eignerstrategie des Bundes für die Ruag befand sich zu diesem Zeitpunkt in Erarbeitung. Beide Vorstösse verlangten, dass die Standortpolitik in den strategischen Zielen des Bundesrates berücksichtigt wird. Mittlerweile liegt die Eignerstrategie für die Jahre 2016 bis 2019 vor. Neu muss die Ruag regionale Anliegen „angemessen“ berücksichtigen und bei Übernahmen prüfen, ob Stellen in der Schweiz angesiedelt werden können. Gleichzeitig betont der Bundesrat in der Beantwortung der politischen Vorstösse, dass die Umsetzung der Eignerstrategie in der Zuständigkeit des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung liegt. Von einer Verpflichtung, auch regionalpolitische Ziele zu verfolgen, sei abzusehen.

2.3 Ortsplanung

Die Umzonung der Ruag-Parzellen war von Beginn an nicht unumstritten. Die damit verbundene Schliessung der Ruag-Betriebsstätte an den beiden bisherigen Standorten sollte deshalb nach dem Willen des Gemeinderats einerseits durch eine Ersatzinvestition in Brunnen Nord und andererseits durch eine ergänzende und sichernde Mehrwertabgabe kompensiert werden. Von der Ruag Real Estate AG wurde grundsätzliche Zustimmung signalisiert, wobei jedoch stets die Zustimmung der Kon-

zernleitung Ruag vorbehalten blieb beziehungsweise auf sich warten liess. Als Folge des überraschenden Schliessungsentscheids der Konzernleitung hat der Gemeinderat Anfang 2016 beschlossen, die Umzonung der Ruag-Liegenschaften aus der Gewerbezone in Wohnzone bzw. Wohn- und Gewerbezone von der laufenden Ortsplanungsrevision abzukoppeln und dem Stimmbürger zu einem späteren Zeitpunkt zur Beschlussfassung vorzulegen. Der Entscheid, ob das Areal ganz oder teilweise in der Gewerbezone verbleibt, soll zu einem späteren Zeitpunkt getroffen werden.

2.4 Alternative Nutzungen

Im Rahmen der verschiedenen Gespräche haben der Ruag-Verwaltungsrat sowie die Konzernleitung zum Ausdruck gebracht, dass der Verlagerungsentscheid nicht rückgängig gemacht werde. Aktuell prüfen das Amt für Wirtschaft zusammen mit Vertretern der Ruag und des Gemeinderates Ingenbohl alternative Nutzungsmöglichkeiten, an denen sich die Ruag je nach Projekt mitbeteiligen würde. Ein erstes Treffen fand Ende 2015 statt. Ein weiteres folgt in den kommenden Wochen. Dabei werden gemeinsam verschiedene Lösungsansätze und Projektideen ausgearbeitet und auf ihre Umsetzung und Realisierbarkeit geprüft. Das Amt für Wirtschaft setzt alles daran, dass nach der Verlagerung der RUAG-Arbeitsplätze neue, wertschöpfungsintensive Arbeitsplätze in Ingenbohl entstehen.

Zustellung: Fragesteller; Kantonsratspräsident; Fraktionspräsidenten; Mitglieder des Regierungsrats; Staatskanzlei (3; Staatsschreiber, Sekretariat Kantonsrat, Informationsbeauftragter); Volkswirtschaftsdepartement; Medien.

Volkswirtschaftsdepartement des Kantons Schwyz

Departementsvorsteher

Kurt Zibung, Regierungsrat